

## In dieser Ausgabe:

**3** Nichts Neues in Neukölln? Bericht aus der BVV.

**3** Grundschule im Fokus. DIE LINKE diskutierte über Bildung in Neukölln.

**4** „Ich erwarte ein Signal des Kampfes“. Erwartungen an den Parteitag der LINKEN von Ruben Lehnert.

**5** Mit der Lohndumping-Axt. Michael Schlecht über Ursachen der Staatsverschuldung in europäischen Ländern.

**6** Die Kinder von Diyarbakir. Erkan Demirtas stellt den neuen kurdischen Film vor.

**7** Vertreibung der Palästinenser. Eine Ausstellung zur Nakba bei der Neuköllner LINKEN.

**7** „Neukölln unlimited“. Der Preisträgerfilm der Berlinale jetzt in den Kinos.

**8** Was Sie jetzt wissen müssen. Nach dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.



## Nazis kamen nicht durch

**Ein großer Erfolg - die Nazis scheiterten am 1. Mai mit ihrem provokativen Aufmarsch in Berlin.**

**M**ehr als 10.000 Berlinerinnen und Berliner stellten sich den Nazis in den Weg. Nach wenigen hundert Metern war für die Nazis Schluss.

Ein breites Bündnis von LINKEN, Grünen, SPD, autonomen Antifas, aus Bürgerinitiativen wurde von Anwohnern unterstützt - von jung und alt.

Die Blockaden hielten den ganzen Tag über die geplante Marschstrecke der Nazis besetzt. Es war ein überzeugendes Beispiel für zivilen Ungehorsam.

**Weitere Informationen Seite 4**

*Immer wieder versuchten Polizeieinheiten Menschen von der Straße zu tragen, die sich den Nazis entgensetzten. Ohne nachhaltigen Erfolg: Es waren zu viele.*

## Zeugnisse kirchlicher Zwangsarbeit

Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wurde ein Ausstellungspavillon an der Hermannstraße eröffnet. Auf Tafeln werden die Themen Krieg gegen die Sowjetunion, der Zwangsarbeitereinsatz, Hunger und Krankheit sowie die Arbeit auf den Friedhöfen behandelt. Die evangelische Kirche errichtete auf dem Friedhof 1942 ein Barackenlager, in dem bis Kriegsende 100 Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion untergebracht waren. Sie mussten in ganz Berlin auf kirchlichen Friedhöfen arbeiten. (epd)

## 100.000 gegen Kopfpauschale

**Bis Ende April haben bereits über 100.000 Menschen den Aufruf „Kopfpauschale stoppen“ im Internet unterzeichnet.**

**D**er ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärte dazu: „Wenn sich innerhalb weniger Wochen hunderttausend Menschen klar gegen die Kopfpauschale stellen, ist das ein deutliches Signal an die Bundesregierung, dieses unsoziale Vorhaben zu stoppen. Eine zukunftsfähige Krankenversicherung braucht nicht weniger, sondern mehr Solidarität.“ Der Appell kann im Internet unterzeichnet werden:

[www.kopfpauschale-stoppen.de](http://www.kopfpauschale-stoppen.de)

## Mehr Hartz-IV-„Aufstocker“

**Die Zahl der „Aufstocker“, wächst, die wegen zu niedriger Löhne Hartz IV beantragen müssen.**

**I**m Jahresdurchschnitt erhielten im vergangenen Jahr 1,325 Millionen Bürger Arbeitslosengeld II (Hartz IV), obwohl sie ganz oder teilweise berufstätig waren. Das geht aus Zeitungsberichten unter Berufung auf Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor. Für den Staat werde diese Form der Lohnsubvention zunehmend teuer: Die BA beziffere die Ausgaben für das Jahr 2009 mit 10,9 Milliarden Euro. Profitiert haben davon die Unternehmen, die ihren Beschäftigten Armutslöhne zahlen.

## Tempelhofer Feld für alle

**Wenn sich am 8. Mai 2010 die Tore zum Tempelhofer Feld für die Öffentlichkeit öffnen, wird dies mit einem großen Fest gefeiert.**

**D**IE LINKE feiert mit, denn sie hat gemeinsam mit Bürgerinitiativen und in einem breiten Bündnis dafür gesorgt, dass der gefährliche Flugbetrieb über den Dächern von Neukölln und Tempelhofer beendet wurde. Treffpunkt: Von 10 bis 18 Uhr am Info-Stand der Partei DIE LINKE auf dem Tempelhofer Feld, Zugang Nähe S- und U-Bahnhof Tempelhof.

**Informationen auf Seite 3**

# In Neukölln nichts Neues?

**Auf der Rathaustreppe wurde an den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erinnert. Drinnen begann die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung mit einer Bürgerfragestunde.**



Vignette: Franz Zauleck

**D**azu konnte jeder sein Anliegen schriftlich einreichen wovon sechzehn Bürger- und Bürgerinnen auch Gebrauch machten. Die Themen reichten von der Nutzung gekündigter Kleingärten vor ihrer tatsächlichen Abräumung über problematische Mietverhältnisse in der High-Deck-Siedlung bis zur Bewertung einer potentiellen Rennstrecke für Elektro-Autos auf dem Tempelhofer Feld. Während sich die sechs persönlich anwesenden Fragesteller tapfer schlugen, hielt sich das Engagement der Bezirksamtsvertreter bei den Antworten in Grenzen. Das muß besser werden!

## Altersarmut in Neukölln

Die Neuköllner LINKE machte die Altersarmut in einer großen Anfrage zum Thema. Durch geringe Löhne während der Erwerbszeit, Arbeitslosigkeit oder die Zwangsverrentung mit 63 ist die gesetzliche Rente bei Vielen im Bezirk so niedrig, dass sie

nicht zum Auskommen reicht. In Neukölln beziehen deshalb mehr als 6.500 Personen eine Grundsicherung. Besonders ältere Menschen scheuen aber oft den Weg zum Sozialamt. Sie haben dann weniger als das Existenzminimum und keine ausreichende ärztliche Versorgung. Durch die schlechte Wirtschaftslage, aber auch durch den steigenden Anteil von Senioren in der Gesellschaft vergrößert sich diese Gruppe.

Deshalb ist eine aktive Seniorenpolitik gefordert, die alle für die Probleme älterer Menschen sensibilisiert. Praktisch kann es darum gehen Nachbarn anzusprechen und erste Kontakte zu sozialen Einrichtungen oder dem Bezirksamt zu knüpfen. Nicht zuletzt sind die Mitarbeiter des Bezirkes gefordert den älteren Bürgern über die bürokratischen Hürden zu helfen.

## Erziehung und Bildung

Um eine deutsch-italienische Europa-Kita, der es sowohl an italienischen Kindern wie an italienischen Erziehern mangelt, entspannt sich ein absurder Streit. Thema wäre wohl eher die Förderung türkisch- und arabischstämmiger Kinder gewesen. Bei den bundesweiten Vergleichsarbeiten für Drittklässler schnitten die Nord-Neuköllner Grundschulen erwartungsgemäß schlechter ab. Die festgestellten Sprachdefizite sollen künftig insbesondere durch den Kita-Besuch vor der Einschulung und das Lernen in Ganztagschulen ausgeglichen werden. Dabei bleibt die alte Forderung nach kleinen Klassen bestehen.

## A 100 stoppen

Der Antrag der LINKEN auf einen Baustopp, der zugleich ein Gutachten für eine allgemeinverträgliche Verkehrslösung an der Grenzallee forderte, wurde abgelehnt. Dabei ist der Weiterbau auch in der SPD heftig umstritten. Trotzdem hatte der Senat, unterstützt vom Neuköllner SPD-Stadtrat, erst kürzlich die betroffenen Kleingartenkolonien an der Bezirksgrenze zu Treptow finanziell abgefunden. Der Landesparteitag der LINKEN sprach sich am 24. April eindeutig gegen den Weiterbau des Stadtringes aus. Die Lan-

des-SPD wird es auf ihrem Parteitag hoffentlich genauso machen. Dann wäre vermutlich Ruhe – aber nur bis nach den Wahlen 2011.

## Tempelhofer Feld konkret

Aus ihrer kommunalpolitischen Veranstaltung „Tempelhofer Feld für alle? – Neukölln für alle?“ brachte DIE LINKE eine Liste von Forderungen ein, die nun in den Fachausschüssen beraten werden.

1. Grundsätzlich soll auf dem Tempelhofer Feld keine Wohnbebauung entstehen und der Zaun entfernt werden.
2. Das künftige Gartenschau-Konzept muß sowohl den Naturschutz berücksichtigen, wie den geschichtsträchtigen Ort.
3. Für die Häftlinge des KZ Columbia-Haus und die Zwangsarbeiter der Rüstungsproduktion ist eine Gedenkstätte einzurichten.
4. Die Weiterentwicklung der angrenzenden Neuköllner Grünanlagen, wie Hasenheide und ehemaliger Thomas-Kirchhof, soll aus Gartenschau-Mitteln erfolgen.
5. Dabei ist auch der Spiel- und Sportpark für wohnungsnaher Erholung entlang der Oderstraße wieder anzulegen. Schließlich soll das Bürger-Aktionsbündnis für das Tempelhofer Feld mit Räumlichkeiten und Sachmitteln unterstützt werden.

Marlis Fuhrmann

# Grundschulen im Fokus

**„Was ist Bildung?“, fragten die Initiatoren der Veranstaltung - und dann ging es konkret um die Neuköllner Grundschulen.**

**S**eit einigen Monaten haben sich nicht ganz bildungsferne Menschen in der Neuköllner LINKEN zur Arbeitsgemeinschaft Bildung zusammengeschlossen. Am 21. April hatten sie zu ihrer ersten öffentlichen Veranstaltung ins Rathaus Neukölln eingeladen.

Was ist Bildung und was bedeutet Bildung für Neukölln, waren die beiden Fragen die gemeinsam mit Agnes Alpers (MdB, berufsbildungspolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Bundestag), Gudrun Genschow (Grundschullehrerin im Neuköllner Norden und Mitglied der

Bezirksleitung der GEW-Neukölln) und Peter Börtzler (Gymnasiallehrer in Reinickendorf und stellvertretender Landesvorsitzender der GEW-Berlin) und rund dreißig Gästen diskutiert wurden.

Bildung ist viel mehr als das Erlernen von Rechnen, Schreiben und Lesen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine umfassende Bildung, die ihm Einblick in jeden Wissensbereich gibt und nicht das Ziel hat, die Kinder nur auf ihre Verwertung durch das Kapital vorzubereiten. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Bildung; soziale Herkunft bzw. der Geldbeutel der Eltern dürfen nicht die Bildungschancen bestimmen. Kinder die benachteiligt sind müssen besonders gefördert werden. Auf diese Kernsätze konnten sich die an der Diskussion teilnehmenden im Rathaus Neukölln

schnell verständigen. Das Problem: Die Kinder in Neukölln haben es besonders schwer. Sehr viele Menschen, besonders im Norden des Bezirks sind arm, haben oft nur eine geringe Bildung und geben ihre Sprachprobleme an ihre Kinder weiter. Schlechte oder sogar keine Schulabschlüsse sind die Folgen für viele junge Menschen und bestimmen so den weiteren Lebensweg. Kindergärten müssten deshalb Bildungseinrichtungen sein, die Kinder „spielend“ auf die Schule vorbereiten. Jedes Kind sollte eine Kita besuchen können (müssen?). Gudrun Genschow möchte, dass es wieder eine verpflichtende Vorschule für alle Kinder gibt. Die Grundschule soll eine gebundene Ganztagschule für alle Schüler werden, natürlich mit einer kostenlosen warmen Mahlzeit für die Kinder.

Fazit der zweistündigen Debatte: Das gegliederte Schulsystem gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Das Schulkonzept des 21. Jahrhunderts ist die EINE SCHULE FÜR ALLE, auf der Schüler ganztägig unterrichtet, gefördert und betreut werden. Für diese Schulen werden viele gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen gebraucht, ausreichende Lehr- und Lernmittel und selbstverständlich auch vernünftige Schulgebäude.

Die angeblich leeren Kassen des Staates dürfen die Bildungsmöglichkeiten der jungen Menschen nicht beeinträchtigen – besonders nicht in einem Bezirk wie Neukölln, aber auch nicht anderswo.

Michael Anker

Das nächste Treffen der AG Bildung findet am Montag, dem 10. Mai, um 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln am Richardplatz 16 statt.



# „Tempelhof ist unsere Zukunft“

Foto: Andreas Schlüter

**Das Tempelhofer Feld ist offen! Der unter Sicherheitsaspekten unverantwortliche Wahn eines innerstädtischen Flughafens fand auf dem Tempelhofer Feld mit dem 30. Oktober 2008 ein Ende.**

Nicht zuletzt DIE LINKE Berlin hat im Bündnis dafür gesorgt, dass die Berliner Bürger jetzt die Weite dieses Feldes genießen können. Was aber nun?

Die SPD-Führung hält an den Plänen fest, ein Drittel der Parkfläche ringsum zu bebauen. Das Ge-

lände würde verkauft und damit privatisiert. Es wäre der öffentlichen Kontrolle entzogen. An der Neuköllner Oderstraße sollen „Stadvillen“ gebaut werden. Im angrenzenden Schillerkiez sind mehr als 40 Prozent arbeitslos, lebt eine hohe Zahl der Menschen von Hartz IV, die Kinderarmut liegt bei über 60 Prozent. Vor deren Nase sollen für betuchte Menschen Stadvillen mit schönem Blick auf das Tempelhofer Feld entstehen. Die Neuköllner wehren sich bereits gegen steigende Mieten und Verdrängung aus ihrem Wohnumfeld. In Schöneberg zeigt die soziale Vertreibung ebenfalls Wirkung. DIE LINKE hat dazu eine

klare Position: Milieuschutz, Leben in kultureller Vielfalt, Deckelung der Mieten, Abschaffung von Hartz IV, Mindestlohn und menschenwürdige Dauerarbeitsplätze sind unser Ziel.

**„Wir werden den Blick auf die Zukunft richten und klar machen: Tempelhof für alle, bürgernahe Parknutzung und keine Bauklötze!“**

Dafür kämpfen wir mit den Menschen, in den Kiezen, in den Betrieben, in den Quartiersräten, in den Gewerkschaften.

Für das Tempelhofer Feld fordert DIE LINKE: das ganze Gelände wird zum Gesamtpark, es darf keine Pri-

vatisierung und keine Randbebauung geben. Die Tore müssen ab sofort offen bleiben. Wir wollen einen Bürgerpark. Das Tempelhofer Feld soll als öffentlicher Raum für Kunstaktionen, Sport und Naherholung für jeden kostenlos zugänglich sein. Die Kosten trägt die öffentliche Hand.

Das riesige Flughafengebäude ist nicht allein für Mode- und Sportevents zu verwenden. Die neue Berliner Zentralbibliothek muss dort integriert werden. Dafür setzt sich neben anderen Dr. Thomas Flierl, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, ein.



Barackenlager auf dem Tempelhofer Feld.

**Während der Nazi-Zeit war das Tempelhofer Feld ein Ort der Unterdrückung und Zwangsarbeit sowie der Kriegsproduktion.**

Es ist verständlich, dass es im ehemaligen West-Berlin und im ehemaligen Ost-Berlin unterschiedliche Erzähltraditionen und Wertungen des früheren Tempelhofer Flugfeldes gibt, aber eines ist sicher, hinter den beiden Geschichten liegt in der Vergangenheit die Vorgeschichte des Hitler-Faschismus und seiner verbrecherischen Welteroberungspläne, die sich auf

mehrfache Weise im Flughafen Tempelhof niedergeschlagen haben.

Am Columbiadamm war das Columbia-Haus erst Gestapo-Gefängnis, dann Konzentrationslager, durch die der Leidensweg von etwa 10.000 Menschen führte. Das KZ wickelte 1937 dem Projekt Zentralflughafen Berlin-Tempelhof.

Die Beton-Trutzburg des neuen Flughafengebäudes, das 1941 äußerlich fertiggestellt war, wurde ein Ort fiebriger Rüstungsproduktion, an dem insbesondere „Sturzkampfbomber“ (Stukas) durch die Weser Flugzeugbau GmbH gefertigt wurden. Dabei waren über die

Hälfte der ca. 4.100 dort arbeitenden Menschen Zwangsarbeiter. Im alten Flughafen-Komplex, der weiter der Abwicklung des Flugbetriebes diente, beschäftigte die Lufthansa ebenfalls Zwangsarbeiter für Reinigung, Reparatur und Wartung ihrer Flugzeuge. Das Barackenlager der Zwangsarbeiter fiel größtenteils den Bomben zum Opfer. So mussten viele Zwangsarbeiter in den Hallen übernachten.

Diesem Grauen machte die Rote Armee mit hohem Blutzoll am 28. und 29. April 1945 ein Ende und besetzte den Bezirk Tempelhof und den Flughafen. Viele der Zwangsarbeiter mögen aber ihr Leben lang an



Stuka-Produktion in Tempelhof.

den Folgen ihrer Behandlung durch die Nazis gelitten haben oder noch leiden.

Endgültig hatte der faschistische Horror dann am 8. Mai sein Ende, der Tag der Befreiung war da. Millionen von Menschen haben den großdeutschen Wahn mit dem Leben bezahlt, als Mordopfer „industrieller Endlösung“, als Opfer der „verbrannten Erde“ oder zivile Kampfpfer, als Bombenopfer und nicht zuletzt als Soldaten. Den größten Blutzoll für das Ende des Krieges haben die Soldaten der Roten Armee getragen, ihrer soll am 65. Jahrestag der Befreiung ehrend gedacht werden.

Fotos: Archiv-Repro, Neu-Köllnisch

# Nazis erfolgreich blockiert

Die Nazis kamen nicht durch! Sie mussten am 1. Mai ihren „Marsch durch die Reichshauptstadt“ abbrechen und umkehren.

Über 10.000 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses „1. Mai-Nazifrei“ und stoppten nach wenigen hundert Metern einen Aufmarsch von rund 600 Nazis, mehr als 3.000 waren angekündigt. Das Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen, Gewerkschaften, Parteien, antifaschistischen Gruppen sowie Jugend- und Studierendenverbänden hatte seit Wochen zur Blockade des Naziaufmarschs aufgerufen.



Foto: DIE LINKE Neukölln

DIE LINKE war dabei, hier eine Gruppe aus Neukölln an der Schönhauser Allee, als es am 1. Mai galt, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Die Nazis, die sich dreist „Nationale Sozialisten“ nennen, wollten u.a. für die Auflösung der Gewerkschaften marschieren - nach dem Vorbild der Hitler-NSDAP von 1933 für eine „Deutsche Arbeitsfront“. Wo dies endet ist bekannt. Faschismus ist keine Meinung - Faschismus ist ein Verbrechen!

## „Ich erwarte ein Signal des Kampfes“

Am 15. und 16. Mai richtet in Rostock DIE LINKE ihren Bundesparteitag aus. Bezirksverbands-sprecher Ruben Lehnert vertritt als Delegierter die Neuköllner LINKE.

Was erwartest Du von diesem Parteitag?

**Ruben Lehnert:** Ich erwarte ein Signal des Kampfes gegen die Politik der aktuellen Bundesregierung, gegen die Kopfpauschale, gegen Lohndumping und gegen den Krieg in Afghanistan.

Wie schwer wiegt der Verlust von Oskar Lafontaine, der aufgrund einer Krankheit nicht erneut als Parteivorsitzender kandidieren wird?

**Ruben Lehnert:** Schwer. Er hat unserer jungen Partei Richtung und Tempo vorgegeben. Seine Strategie der inhaltlichen Klarheit - etwa gegen Hartz IV und die Rente ab 67 sowie für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Millionärssteuer - hat sich bewährt. Grundsätzlich aber gilt: Unsere Stärke resultiert aus dem Engagement zehntausender Mitglieder. Mit Klaus Ernst und Gesine Lötzc... den designierten Parteivorsitzende ... kandidieren zudem zwei Menschen, die unser Vertrauen verdienen. Gesine Lötzc als direkt gewählte Abgeordnete aus Berlin-Lichtenberg und Klaus Ernst als bayrischer Gewerkschafter repräsentieren die gewachsene Stärke unserer Partei. Anders als die ehemalige PDS ist DIE LINKE

nämlich nicht nur eine reine Ostpartei. Sie bildet mittlerweile in ganz Deutschland eine starke Opposition gegen Sozialabbau und Krieg.

Über das Personal für die Parteiführung wurde wochenlang gestritten.

**Ruben Lehnert:** Die Mitglieder unserer Partei haben mit überwältigender Mehrheit entschieden, dass wir zukünftig zwei Vorsitzende haben werden, davon mindestens eine Frau. Das ist eine sehr fortschrittliche Lösung. Die Delegierten des Parteitags werden die Entscheidung der Mitglieder umsetzen.

Wird in Rostock auch über das neue Parteiprogramm entschieden?

**Ruben Lehnert:** Nein. Diese Entscheidung fällt Ende des nächsten

Jahres. Zurzeit diskutieren wir den ersten Programmentwurf. Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich eingeladen, sich an diesen Debatten zu beteiligen.

Was ist Dir bei der Programmdebatte besonders wichtig?

**Ruben Lehnert:** Mir ist wichtig, dass wir uns als eine Partei definieren, die sich von allen anderen Parteien unterscheidet: Wir wollen Politik machen, die der Mehrheit der Bevölkerung dient, nicht den Profiteuren der Konzerne. Wir wollen die Käuflichkeit von Politikern und Parteien bekämpfen und der Bevölkerung Macht zurückgeben. Und wir wollen, dass alle wichtigen Entscheidungen in unserer Partei von den Mitgliedern getroffen werden.

## Termine: DIE LINKE Neukölln

**Bezirksmitgliederversammlung**  
Freitag, 4.6., 18.00 Uhr  
Ort wird noch bekanntgegeben.

**Bezirksvorstand**  
Mittwoch, 12.5., 19.00 Uhr  
Donnerstag, 27.5., 19.00 Uhr  
Donnerstag, 10.6., 19.00 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Arbeitsgruppe**  
„Linkes Programm für Neukölln“  
Mittwoch, 19.5., 19.00 Uhr  
Mittwoch, 2.6., 19.00 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Ausstellung**  
Dienstag, 18.5., 18.00 Uhr  
Vernissage „Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“  
DIE LINKE, Richardplatz 16

Neu-Köllnisch · 04/2010 - MAI

Die Ausstellung kann bis zum 13.6. besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter 030-613 5919.

**BO Hermannstraße**  
Mittwoch, 12.5., 19.00 Uhr  
Thema: „Wie stehen die Linken zur Gewalt“ im Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29, 12053 Berlin  
Mittwoch, 26.5., 19.00 Uhr  
Versammlung im Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29, 12053 Berlin

**BO Reuterkietz**  
Dienstag, 11.5., 19.00 Uhr  
Offenes Treffen im Restaurant Odysseus, Friedelstraße 37

**Dienstag, 25.5., 19.00 Uhr**  
Versammlung im Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V., Reuterstraße 52

**BO Rixdorf**  
Donnerstag, 20.5., 19.00 Uhr  
Thema: „Vertreibung der Palästinenser - gestern und heute“  
DIE LINKE, Richardplatz 16  
Donnerstag, 3.6., 19.00 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**BO Süd**  
Dienstag, 11.5., 18.00 Uhr  
Steck-Aktion in der Gropiusstadt  
Treffpunkt: Bat-Yam-Platz  
Dienstag, 18.5., 18.00 Uhr  
Thema: „Wie stark sind die deutschen Gewerkschaften?“ im Gemeinschafts-

haus Gropiusstadt, Clubraum II, Bat-Yam-Platz

**Dienstag, 25.5., 18.00 Uhr**  
Infostand (Bat-Yam-Platz)

**AG Hartz IV**  
Mittwoch, 2.6., 17.30 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**AG Bildung**  
Montag, 10.5., 17.00 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Erwerbsloseninitiative Neukölln**  
Dienstag, 18.5., 11.00 bis 14.00 Uhr  
Dienstag, 1.6., 11.00 bis 14.00 Uhr  
Erwerbslosenfrühstück  
DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

# Risiko: Leiharbeit

Die Ergebnisse einer DGB-Studie, wonach Leiharbeiter einem deutlich höheren Entlassungsrisiko unterliegen, kommentiert der stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN Klaus Ernst als „bitteres Zeugnis schwarz-gelber und rot-grüner Arbeitsmarktpolitik“. Arbeitgeber und Koalition feierten die Leiharbeit als flexibles Instrument. Was das praktisch bedeute, werde durch die Studie deutlich: In der Leiharbeitsbranche wird mehr befristet und schneller gefeuert. Mit befristeter Einstellung und schneller Kündigung wälzten die Firmen das unternehmerische Risiko zunehmend auf die Beschäftigten ab. „Es ist ein Schlag ins

Gesicht der Betroffenen, wenn die Bundesregierung ankündigt, Befristungen ausweiten zu wollen. Sie befördert damit die Verlagerung von Arbeitsplätzen dorthin, wo am billigsten eingestellt und am schnellsten rausgeschmissen werden kann“, so der Politiker der LINKEN.

Dieser Form von Lohndumping müsse endlich ein Ende gesetzt werden: „DIE LINKE fordert eine massive Einschränkung der Leiharbeit, den Ausbau des Kündigungsschutzes und die Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten.“

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE finden Sie im Internetangebot des Deutschen Bundestages: [BT-Drs. 17/1396 \(PDF\)](#)

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)) gerne zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Das nächste Treffen findet am 2. Juni statt.

# Lohndumping-Axt (Made in Germany)

Seit 2002 hat Deutschland für mehr als eine Billion Euro mehr exportiert als importiert. Viele Abnehmerländer konnten dies nur durch Verschuldung finanzieren.

Deshalb das Finanzdesaster der USA und europäischen Südländer. Wirtschaftsminister Brüderle meint: Deutschland habe sich seinen Exportüberschuss durch exzellente Produkte redlich verdient. Das ist nur die halbe Wahrheit. Seit 2000 sinken die deutschen Reallöhne. Mit diesem Lohndumping erhielten deutsche Unternehmer eine Axt in die Hand zur Eroberung ausländischer Märkte. Die deutschen Lohnstückkosten sind seit 2000 nur um sie-

ben Prozent angestiegen während im Schnitt der Euroländer – ohne Deutschland – der Zuwachs bei 27 Prozent lag.

Wie kann die Binnenwirtschaft belebt, Importe gesteigert und der deutsche Exportüberschuss zurückgefahren werden? Im deutschen Bundestag lautet die Antwort: „Die anderen sollen so wettbewerbsfähig werden wie wir“. Deshalb wird die Agenda 2010 nach Griechenland exportiert. Binnennachfrage lässt sich vor allem steigern wenn die Löhne wieder deutlich zulegen. Deshalb muss vor allem die Agenda 2010 weg. Als Sofortmaßnahme brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn mit zehn Euro und das Arbeitslosengeld II mit 500 Euro.

Und wir wollen für bessere Bildung, zur Sanierung der Infrastruktur und den ökologischen Umbau



100 Milliarden Euro jährlich mehr ausgeben. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept mit 160 Milliarden Mehreinnahmen bei Reichen und Vermögenden. Das Herzstück ist die Millionärsteuer. Bringt alleine in NRW 17 Milliarden. Nur mit Umver-

teilung von oben nach unten wird es eine höhere Binnennachfrage, höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze geben.

Michael Schlecht, Chefvolkswirt,  
DIE LINKE im Bundestag

## DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0176 296 492 75,  
[ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0178 851 28 71  
[irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE. Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 04/2010 - MAI

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

DIE LINKE Berlin-Neukölln

## Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.  
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.  
 Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon: .....

# Min Dît: Die Kinder von Diyarbakir

Jetzt im Kino: Auf dem Filmfestival „Golden Orange“ in Antalya hat es große Aufregung um den Spielfilm *Min Dît* (Ich habe gesehen): „Die Kinder von Diyarbakir“ gegeben.

Zum ersten Mal wurde ein kurdischer Film offiziell in der Türkei gezeigt. Das ist schon eine Sensation, wenn man bedenkt, dass man bis vor einigen Jahren wegen der kurdischen Muttersprache im Gefängnis landen konnte. Der Regisseur Miraz Bezar hat einen Spielfilm über Kinder in Kurdistan gedreht.

Die Kurdische Frage ist hierzulande selten ein Thema für die Nachrichten. Obwohl nach Schätzungen bis zu ein Millionen Kurden in Deutschland leben und sie von den Menschenrechtsverletzungen in ihrem Herkunftsland Türkei ständig bewegt werden, werden wir über den türkisch-kurdischen Konflikt wenig informiert. Menschen verschwinden plötzlich in kurdischen Gebieten oder werden auf offener Straße erschossen. Kinder landen massenweise in den Kerkern oder teilen ein ähnliches Schicksal, wie die zwei Kinder in dem Film.

*Min Dît*: Die Kinder von Diyarbakir erzählt vom Schicksal zweier Geschwister, die plötzlich durch einen

Mord ihre Eltern verlieren und sich in die Armee der Waisen auf den Straßen einreihen müssen. Das ist wirklich keine Ausnahme. In der kurdischen Metropole Amed/Diyarbakir lebt die zehnjährige Gulistan mit ihren jüngeren Geschwistern, dem beinahe gleich jungen Firat, einem Baby und ihren Eltern. Auf der Rückreise von einer Hochzeit wird das Auto der Familie von türkischen Geheimpolizisten angehalten. Die beiden Kinder müssen mit ansehen, wie ihr Vater aus dem Auto gezerrt und erschossen wird. Anschließend ermorden die Polizisten ihre Mutter, die im Auto blieb und fahren in der

Dunkelheit davon. Irgendwie kehren die drei Kinder zurück und erhalten zunächst Unterstützung von ihrer Tante Yekbun. Nach ihr wird fahndet, da sie politisch aktiv ist. Nach dem sie nicht mehr auftaucht, geht es Kindern schlecht: Sie können sich nichts mehr zu Essen leisten, dann wird ihnen der Strom und das Wasser abgedreht, ebenso können sie sich keine Medizin leisten. Schließlich werden sie auch noch vom Wohnungseigentümer auf die Straße gesetzt.

Auf der Straße gestrandet trifft sie die ganze Härte des Lebens: Sie hungern, wühlen im Müll und schlafen in Ruinen. Unerwartet bekommen sie von der zwölfjährigen Zelal Hilfe, die gemeinsam mit ihrem Bruder und Großvater auf der Straße lebt. Ohne Ausweg versuchen Gulistan und Firat sich mit dem Leben auf der Straße zu arrangieren: Firat lernt Jugendbanden kennen und lernt, wie man überlebt und auch Gulistan lernt die Prostituierte Dilara kennen, die jemanden sucht, der für sie Handzettel mit ihrer Handynummer verteilt, da sie ihrem Gewerbe nicht offen nachgehen darf. Die Junge Frau und das Mädchen freunden sich an, eines Tages erkennt Gulistan in einem von Dilaras Freiern den Mörder ihrer Eltern wieder.

Der mutige Regisseur Miraz Bezar versucht filmisch die prekäre, bürgerkriegsähnliche Situation in den kurdischen Gebieten zwischen

der türkischen Armee und den kurdischen Rebellen aufzuarbeiten. Menschenrechtsorganisationen beziffern die Zahl der Verschwundenen und Ermordeten Kurden auf 18.000. Die Stadt Amed/Diyarbakir ist eines der Zentren dieses Verbrechens. In dem Konflikt mussten alleine seit den 1980er Jahren ca. 50.000 Menschen ihren Leben lassen. Der Regisseur Miraz Bezar: „Mein Film erzählt von den Verschwundenen und Ermordeten. Noch heute wollen viele Leute in der Türkei nicht wahrhaben, dass dort Dörfer verbrannt, Menschen umgebracht worden sind, noch heute wissen Familien nicht, wo ihre Nächsten begraben sind. All das muss zur Sprache gebracht werden.“

*Min Dît*: Die Kinder von Diyarbakir ist ein Film, der die politische Situation beeindruckend aufbereitet. Es ist mutig von dem Regisseur, so ein Filmportrait zu erarbeiten und eine große Hilfe für die Kurdische Gemeinde in Europa, wenn sie versucht Zusammenhänge in Türkei-Kurdistan ihren Nachbarn und Kollegen verständlich zu machen. Er ist das mutigste sozialpolitische Kinofilm nach dem berühmtesten kurdischen Regisseur Yilmaz Güney, der wegen seiner kritischen Filme verfolgt wurde.

Erkan Demirtas  
ist Koordinationsmitglied  
des Friedensrates Türkei-Kurdistan



Foto: Bezar Film

Pressestimmen zum Film: *An extraordinary performance - Variety. Absage an die Gewalt - Berliner Zeitung. Ein Märchen. Die Wahrheit. - Süddeutsche Zeitung*

Anzeige

## LINKER JOURNALISMUS BRAUCHT ÖFFENTLICH- KEIT BRAUCHT LINKEN JOURNALISMUS

JETZT  
GRATIS  
TESTEN!

DAS ND-PROBEABO

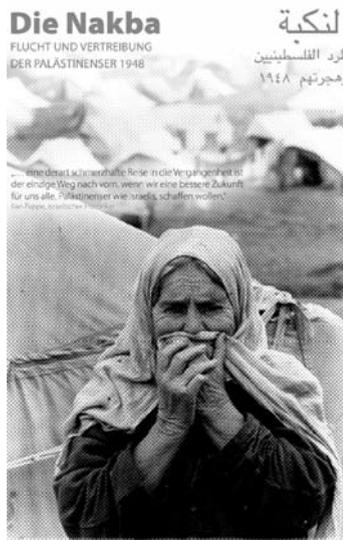
Jetzt 2 Wochen kostenlos und unverbindlich testen:  
Tel. 030/2978-1800 oder [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

► DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**

# Vertreibung der Palästinenser - gestern und heute

**DIE LINKE. Neukölln zeigt vom 18. Mai bis zum 13. Juni 2010 die Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ am Richardplatz 16.**

Als „an-Nakba“ - „die Katastrophe“ - bezeichnet das palästinensische Volk die Vertreibung und den darauf folgenden Verlust von Heimat und Kultur im Jahre 1948. Der Verein Flüchtlingskinder im Libanon e.V. schuf eine ebenso bewegende wie sachliche Ausstellung über die Geschichte Palästinas vom Ende des 19. Jahrhun-



derts bis in die Gegenwart und über das Leben der Bewohner. DIE LINKE. Neukölln organisiert diese Ausstellung für einen Monat in unserer Stadt. Außerdem sind informative Broschüren zur Ausstellung zum Preis von 3 Euro erhältlich.

Die Vernissage findet am Dienstag, dem 18. Mai 2010 um 18 Uhr im Ladenlokal der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16 in 12055 Berlin statt. Die Ausstellung kann bis zum 13. Juni 2010 kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter 030-613 5919.

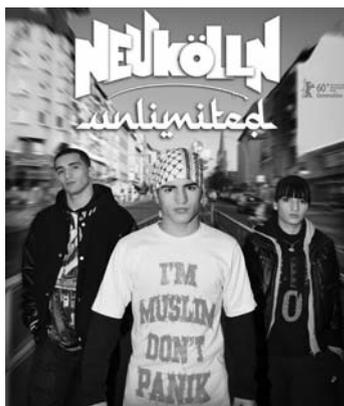
Die Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN lädt zu einer Informationsveranstaltung als Begleitung zur Ausstellung „Die Nakba“ am Donnerstag, dem 20. Mai, um 19.00 Uhr ins Ladenlokal am Richardplatz 16 ein. Stefan Ziefle informiert über Siedlungsbau und zur Geschichte des Zionismus. Alexandra Safi, berichtet über die Deportation von Palästinensern in der Westbank. Florian Warweg war kürzlich in der Westbank und unterstützte die Solidaritätsarbeit mit palästinensischen Bauern. Eine Vertreterin der palästinensischen Gemeinde ist eingeladen, um über den Widerstand gegen die Mauer zu sprechen.

## Neukölln unlimited

ein Film zum „Lachen, Weinen, Jubeln und Protestieren“ (Gläserner Bär 2010)

„Kriminalpolizei Berlin. Aufmachen!“

Am 2. April 2003 wird die Familie Akkouch aus Berlin nach 16 Jahren Aufenthalt abgeschoben. „Meine Mutter hatte einen Bademantel übergezogen, ich selbst war noch im Schlafanzug, als wir die Tür öffneten. Drei Männer und eine Frau drängten herein. „Zieht euch was über und packt das Nötigste ein, jetzt geht es heim in den Libanon.“ Es war der Morgen von Maradonas neuntem Geburtstag.



Filmposter zu „Neukölln unlimited“



Foto: Indi-Film

In dem Film von Agostino Imondi und Dietmar Ratsch geben die drei jungen Neuköllner Lial (19), Hassan (18) und Maradona (14) dem Zuschauer einen Einblick in ihr Leben nach der Abschiebung. Wieder zurück in Berlin, müssen sie lernen, mit diesem schockierenden Erlebnis zu leben. „Jeder von uns hatte etwas anderes verloren in dieser Zeit. Hassan seine Leichtigkeit, Maradona das Gefühl der Sicherheit und ich hatte verlernt zu essen.“ Maradona entwickelt sich zu einem Jungen mit Problemen in der Schule. Er schwänzt und fliegt schließlich von der Schule. Lials und Hassans Anstrengungen und Erfolge machen deutlich, dass sie als Migranten immer die besseren Leistungen zeigen müssen, um auch nur annähernd gleiche Chancen zu erlangen.

Die großen Geschwister fangen an, für den Aufenthalt der Familie zu kämpfen. Sie schalten die Härtefallkommission ein, betreiben Medienarbeit, suchen das Gespräch mit In-

Die Geschwister Hassan, Lial und Maradona sind talentierte Tänzer und Musiker. Sie sind mit Hiphop und Beakdance aufgewachsen.

nensenator Körting. Sie versuchen, neben Abitur und Ausbildung genügend Geld zu verdienen, damit die Familie einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen kann. Und ganz nebenbei zeigen sie ihre enormen Talente im Tanzen, in der Musik und als Trainer für Neuköllner Kids.

„Das Tanzen gibt mir Kraft. Wenn ich anfangs, mich zu bewegen, ist es, als betrete ich eine andere Welt.“ (Lial Akkouch)

Ein Leben im Libanon ist für sie keine Alternative, denn hier in Berlin „bin ich aufgewachsen. Hier habe ich alles Wichtige in meinem Leben erlebt. ... Hier bin ich integriert.“ (Hassan Akkouch in der Berliner Zeitung vom 29.07.2006)

Dieser Film zum „Lachen, Weinen, Jubeln und Protestieren“ (Gläserner Bär 2010) leistet durch die

Regisseure und die Akteure einen unglaublich wichtigen Beitrag zur Integrationsdebatte. Er zeigt das Leben von Neuköllner Jugendlichen nicht durch die Brille von Klischees, die sie von der Gesellschaft übergestülpt bekommen. Sondern aus der Perspektive der Migranten selbst.

„Immer, wenn es an unserer Tür klopft, beginnt mein Herz zu rasen. In den Augen meiner Mutter und meiner Geschwister erkenne ich die gleiche Angst. Dabei liegt die Nacht, in der sie uns geholt haben, fast sieben Jahre zurück.“ (Lial Akkouch)

Irmgard Wurdack

Die Zitate von Lial Akkouch stammen aus einem Interview mit Silke Janovsky, erschienen in der Berliner Zeitung am 6. Februar 2010.

## Neu-Köllnisch

MAI 2010

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 4. Mai 2010

Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 26. Mai 2010Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

### Die gekaufte Braut

Der BZ aus dem Hause Springer war es eine Titelseite wert. „Die Hauptstadt diskutiert den Fall der gekauften Kind-Braut Janine. Politiker beklagen Schein-Integration.“ Der Fall, wie ihn die BZ schildert: Das Charlottenburger Mädchen Janine mit kurdischer Abstammung wurde mit 14 Jahren an den damals 19-jährigen Murat aus Lichtenberg verheiratet. Für 15.500 Euro traten ihre Eltern das Sorgerecht an die Bräutigam-Familie ab, berufen sich dabei auf ihre Traditionen. „Es ist ein erschütternder Fall aus einer Berliner Parallelgesellschaft“, ereifert sich die BZ. Die frühere Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John bezeichnete den Fall Janine als „schreckliche Ausnahme“ und warnt damit vor Übertreibungen und Zuspitzungen. Trotzdem wird von der BZ pauschalisiert, und diskriminiert mit dem Schlagwort von der Parallelgesellschaft. Dem Schlagwort, mit dem ausgegrenzt und gespalten wird: Deutsche contra „Ausländer“. Ein Schlagwort, mit dem pauschal gehetzt wird. Gegen Kurden in unserer Stadt. Nicht zur Kenntnis genommen wird von der BZ, dass der kurdische Dachverband YEK-KOM Rassismus, Diskriminierung und die Gewalt an der Frau entschieden ablehnt. Dass die Föderation mit Ihren Mitgliedsvereinen aktiv gegen feudalistische Bräuche, wie Ehrenmorde, Brautgeld, und Berdel (wechselseitige Verheiratung) vorgeht. Darauf weist Gülayhan Karaaslan hin, die sich seit vielen Jahren als Bezirksverordnete der LINKEN in Neukölln und in den Vereinen der Berliner Kurden engagiert. Aber diese Tatsachen interessieren die Sensationsschreiber der BZ nicht.

KDH

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV:

# Was Sie jetzt wissen müssen!

**Die Bundesregierung muss die Regelsätze für Hartz-IV-Beziehende neu berechnen – eine Ohrfeige für SPD und Grüne, aber auch für CDU, CSU und FDP, die Hartz IV vor fünf Jahren beschlossen.**

**Was die Entscheidung der Richter bedeutet:**

**Was hat das Bundesverfassungsgericht entschieden?**

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass es für Hilfsbedürftige ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gibt, das vom Staat gewährleistet werden muss. Gegen dieses Grundrecht verstoßen die aktuellen Regelleistungen, die nicht nachvoll-

ziehbar und transparent berechnet wurden. Das Gericht hat auch kritisiert, dass der tatsächliche Bedarf von Kindern und Jugendlichen nicht ermittelt, sondern nur oberflächlich geschätzt wird. Nun müssen Regierung und Parlament bis Ende 2010 ein neues Gesetz vorlegen.

**Hat das Gericht Hartz IV verboten?**

Nein. Die Richter haben das Gesetz nicht verworfen. Die Überwindung von Hartz IV muss weiter politisch erkämpft werden.

**Bekommen alle Hartz-IV-Beziehenden sofort mehr Geld?**

Nein. Die Richter haben die Regelsätze nicht erhöht. Sie gehen aber ausdrücklich davon aus, dass die Bedarfe von schulpflichtigen Kindern tatsächlich höher sind als die bisherigen Leistungen. Unklar ist, ob die Regierung das genauso sieht.

**Gibt es auch mehr Geld für Schwimmunterricht, Kino und ähnliches?**

Nein. Derartige Aktivitäten müssen auch zukünftig aus dem Hartz-IV-Regelsatz gezahlt werden.



Diese Informationen haben wir der Zeitung „Klar“ entnommen. Die Zeitung wird von der Bundestagsfraktion DIE LINKE herausgegeben und kann kostenfrei bestellt werden: Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder im Internet: [www.linksfraktion.de/kontakt](http://www.linksfraktion.de/kontakt)

## Die GSW geht an die Börse

**Mieterinnen und Mieter sind besorgt. Die ehemals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW wird in diesem Sommer an die Börse gehen. Dazu haben Abgeordnetenhaus und Berliner Senat Ende April grünes Licht gegeben.**

Die GSW ist nach wie vor eine der großen Wohnungsbaugesellschaften mit rund 47.000 Wohnungen. Hinzu kommen rund 25.000 Wohnungen, die von der GSW verwaltet werden. In Neukölln gehören der GSW 930 Wohnungen. Sie befinden sich im Neuköllner Norden, z.B. in der Hermannstraße, der Sonnenallee und der Weichselstraße. Die GSW vermietet Wohnungen aber auch am Leonberger Ring in Buckow und am Rufacher Weg.

Für den Finanzinvestor Cerberus, der 2004 die GSW mit ihren rund 66.000 Wohnungen für 401 Millionen Euro vom Land Berlin gekauft hatte, war dieser Deal ein dickes Geschäft. Die Durchschnittsmieten stiegen bei der GSW von 3,63 Euro/qm, 4,58 Euro/qm (2007). Jetzt dürften sie durch Anpassungen bei ca. 4,80 Euro/qm liegen. Cerberus reduzierte den eigenen Wohnungsbestand der GSW um rund 20.000 Wohnungen. Verkauft wurde zu „marktüblichen“ Preisen. Nach Angaben im GSW-Wohnungsmarktreport lag 2009 die Preisspanne im mittleren Preissegment in Berlin zwischen 876 – 3.000 Euro/qm für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Jetzt reichen Cerberus & Co. die Profite nicht mehr aus. Sie haben in der Finanzmarktkrise Verluste hinnehmen müssen. Mit dem Börsengang der GSW soll neues Geld in die Kasse kommen.



Bald Sitz der Aktiengesellschaft: Die GSW-Zentrale in Kreuzberg.

Eigentümerwechsel verändern nach dem deutschen Mietrecht nicht die Rechte aus bestehenden Mietverträgen. Insofern gelten die Mieterschutzklauseln, die 2004 für 10 Jahre vereinbart wurden, mindestens bis 2014 weiter. Ein schwacher Trost. KDH